

Bericht zur Gemeinderatssitzung vom 14.12.2020

Bürgerfrageviertelstunde

Eine anwesende Bürgerin erkundigt sich nach dem geplanten Pflegezentrum im ehemaligen Dr.-Karl-Hohner-Heim in der Händelstraße. Sie macht sich Sorgen um das umliegende Wohngebiet und den Zustand der Straßen.

Hauptamtsleiter Ralf Sulzmann erläutert, dass man diese Thematik im Rahmen eines Verkehrsgutachtens prüfen lassen wird, dies wurde dem Investor auferlegt.

Bürgermeister-Stellvertreter Gustav Betzler liest eine Anfrage einer Bürgerin vor, die in Corona-Zeiten nicht in die Gemeinderatssitzung kommen woplte. Es geht hierbei um den Spielplatz beim Mühlenweg, ebenfalls angrenzend an das Areal des ehemaligen Dr.-Karl-Hohner-Heims. Konkret fragt sie an, ob dieser verkleinert wird oder ganz wegfällt. Herr Betzler erläutert, dass der Spielplatz bleiben wird, ob evtl. der Größenzuschnitt abgeändert werde, wird im Rahmen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens geprüft.

TOP 1 Gewerbeansiedlung im Gewann „Greut“

Der Gemeinderat hat beschlossen, der Arbeitsgemeinschaft Honold/Garbe ein Gewerbegrundstück zu veräußern. Heute geht es um die öffentliche Vorstellung des konkreten Projekts, nachdem die Grundstücksverhandlungen erfolgreich zum Abschluss gebracht werden konnten. Eingangs stellen sich die Logistikgruppe Honold und die Firma Garbe als Projektpartner vor. Beides sind erfahrene Entwickler und Verwalter und treten hier als Investoren zur Erstellung eines Logistikzentrums auf. Konkret geplant ist die Errichtung eines Logistikzentrums für die Firma Amazon, die langfristiger Mieter sein wird. Man legt hohen Wert auf die Nachhaltigkeit und den Einsatz einer Elektroflotte für die Auslieferung von Paketen. Man will auf dem Areal, das ca. 5 ha umfasst, die Flächenversiegelung möglichst geringhalten. Ein Parkdeck wird daher erstellt werden, auch ist die Nutzung von Photovoltaik vorgesehen.

Herr Freers stellt das Projekt von Amazon genauer vor. Konkret geht es um die zügige und zuverlässige Belieferung auf der sogenannten „letzten Meile“. Geplant ist der Standort mit 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Spitzenzeiten bis zu 400, die teilweise auch bei Lieferpartnern angestellt sind. Das Liefergebiet geht bis zur Schweizer Grenze im Süden, im Norden bis ungefähr nach Oberndorf am Neckar. Die konkreten Verkehrsflüsse wurden auch bereits skizziert. Man wird vor allem auch den Bereich westlich, nördlich und südlich von Trossingen abdecken, so dass die Autobahn und die Bundesstraßen genutzt werden. Nur ca. 4,7 % der Fahrzeuge werden durch Trossingen fahren müssen. Die Mitarbeiter werden immer über dem Mindestlohn bezahlt. Als Arbeitskräfte benötigt man von ungelerten Kräften bis hin zu studierten Kräften. Als Logistiker zahlt man auch vor Ort Gewerbesteuer, der Firma Amazon ist es auch wichtig, sich sozial zu engagieren.

Die anschließende Diskussion im Gemeinderat zeigt, dass das Projekt durchaus sehr differenziert betrachtet wird. So wird insbesondere die Entlohnung der Beschäftigten angesprochen und auch die Auswirkungen des Onlinehandels auf die Innenstädte generell. Als Beispiel wird auch das Logistikzentrum in Messkirch angesprochen, bei dem Arbeitsplätze geschaffen wurden, aber größtenteils nur durch Zeitarbeitsfirmen besetzt wurden. Herr Freers von Amazon erläutert, dass man einen eigenen Mitarbeiterstamm aufbauen wird, aber auch mit Zeitarbeitsfirmen zusammenarbeitet,

vor allem um die Spitzenbelastungen abzufangen. Es gibt eine feste Richtlinie hierfür, Festangestellte sollen einen Anteil von bis zu 90 % ausmachen. Man will Mitarbeiter auch langfristig binden. Problematisch werden auch unterschiedliche Aussagen zu den Gewerbesteuerzahlungen gesehen. Konkret wird nachgefragt, wie hoch das zu erwartende Gewerbesteueraufkommen sein wird. Hier wird von einem niedrigen bis mittleren fünfstelligen Betrag ausgegangen. Auch das Thema Verkehr wird intensiv angesprochen. Insbesondere ob die Lieferfahrzeuge von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch nach Hause mitgenommen werden können und ob diese nachher in den Wohngebieten stehen. Von Seiten der Firma Amazon wird vorgetragen, dass im Rahmen eines Verkehrsgutachtens auch die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur konkret überprüft wird, gegebenenfalls wird diese noch auf Kosten der Firma ergänzt.

Man wird auch dafür sorgen, dass keine Fahrzeuge in Wohngebieten stehen. Daher schafft man sehr großzügige Stellplätze, auch für die Lieferfahrzeuge, die insbesondere auf einem Parkdeck untergebracht werden. Hier werden die Fahrzeuge über Nacht geladen.

Auch wird angegeben, dass die Auswirkungen auf den Einzelhandel vor Ort nicht unbedingt nur negativ sein müssen. Amazon ist offen für die Einzelhändler vor Ort, die sich die Logistik auch für ein Onlinestandbein zu Nutze machen können. Man sieht sich hier auch als Ergänzung für die Einzelhändler.

Retouren müssen über Partner wie dpd oder DHL eingereicht werden, was bisher bereits so ist. Dies wird am Verkehrsfluss nichts ändern.

Insgesamt wird die Entscheidung bzw. das Projekt mitunter als eine der schwierigsten Entscheidungen in den letzten Jahren gesehen. Man muss klar sagen, dass über $\frac{3}{4}$ der Deutschen Amazon ohnehin nutzen. Ein jeder müsse daher sein eigenes Einkaufsverhalten überdenken. Dass die Mitarbeiter deutlich über dem Mindestlohn gezahlt werden ist zu begrüßen. Neben den Gewerbesteuerzahlungen, kommen auch noch die Einkommenssteueranteile hinzu, die bei der Schaffung von Arbeitsplätzen durchaus interessant für die Stadt sind.

Die Fahrer werden auch nicht nach der Paketanzahl gezahlt, sondern nach gefahrener Route, was im Logistiksektor fair ist. Geht man von einem Lohn ab 11,50 € pro Stunde aus, ist das für eine ungelernete Kraft immer noch ein guter Lohn.

Wichtig ist, dass das Thema sauber geregelt wird und man dies in den Griff bekommen wird. Letztlich handelt es sich um ein Grundstück, für das seit Jahren Baurecht besteht und das seit Jahrzehnten nicht verkauft werden konnte. Nun ist man zu einem guten Preis handelseinig geworden und wird als Stadt sicher auch davon profitieren. Zum Standort wurde noch angemerkt, dass Amazon bspw. auch in die Nachbargemeinde Aldingen hätte gehen können. Dann hätte man den Standort und die Gewerbesteuer und Einkommenssteueranteile nicht vor Ort, aber 95 % des Verkehrs durch Trossingen. Der Vorsitzende stellt Zustimmung im Gemeinderat für das Projekt fest.

TOP 2 Digitalpakt Schulen – Vorstellung und Einbringung

Die Stadtverwaltung und die Schulleiterinnen und Schulleiter haben sich für den Digitalpakt zugunsten der Schulen bereits frühzeitig zusammen mit den Schulleitern und dem Kreismedienzentrum auf den Weg gemacht. Der Digitalpakt stellt bis zum Jahr 2024 Bundesmittel für die digitale Ertüchtigung der Schulen zur Verfügung. Das Land stockt diese Mittel des Bundes um knapp 20 % auf. Für die Stadt ist mit einem

geringen Eigenanteil daher mit einem Budget von knapp 1 Mio. € zugunsten der Schulen verfügbar. Um in den Genuss dieser Förderung zu kommen sind sogenannte Medienentwicklungspläne erforderlich, der Aufwand hierfür ist relativ groß. Diese haben mittlerweile eine Planreife erreicht, mit der man einen Zuschuss beantragen kann. Dies ist pro Schule allerdings nur einmal möglich. Das Land hat mittlerweile auch das Zuschussverfahren geändert. Man braucht bei Antragstellung nicht mehr einen fertigen Medienentwicklungsplan einzureichen, sondern erst zur Abrechnung. Diesen Zeitvorteil wollen wir nun auch ausnutzen. Der nächste Schritt wäre ohnehin die Beratung im Gremium gewesen.

Herr Steffen Finsterle als geschäftsführender Schulleiter führt aus, dass man bereits vor knapp 2 Jahren mit der Ermittlung des Ist-Zustandes an den Schulen begonnen hat. Der bauliche Bedarf in den Grundschulen ist bei Weitem am höchsten, da hier noch keine strukturierte Netzwerkverkabelung vorhanden ist. An den weiterführenden Schulen ist dies größtenteils bereits der Fall. Das Antragsverfahren ist sehr aufwendig, lohnt sich aber. Herr Finsterle erläutert die Bedarfe der einzelnen Schulen. So werden an der Löhrschule vor allem digitale Tafeln benötigt und ein WLAN-Netz im Gebäude sowie ein neuer Schulserver inklusive Software. Die Solwegschule benötigt Medienwägen, ebenfalls WLAN und einen Schulserver sowie eine zeitgemäße Ausstattung des PC-Raums. Hinzu kommt der Aufwand für die strukturierte Netzwerkverkabelung. Bei der Realschule liegen die Schwerpunkte auf der Ausstattung der Lehrerarbeitsplätze, mobilen Endgeräten für die Schülerinnen und Schüler sowie Smartboards. Am Gymnasium ist der WLAN-Ausbau bereits im vollen Gange und nahezu abgeschlossen. Hier werden vor allem Tablet-Wägen benötigt und man will auf eine digitale Lernumgebung anstelle von Fachräumen umstellen. Teilweise werden auch neue Rechner für die bestehende Infrastruktur benötigt. Dies ist im Digitalpakt allerdings nicht möglich, nur Neubeschaffungen sind zulässig.

Insgesamt darf man 80 % der Zuschussmittel für den Ausbau der Netzwerkverkabelung, WLAN und der Serverinfrastruktur verwenden, lediglich 20 % für digitale Endgeräte. Mit der vorliegenden Planung ist dies möglich. Wichtig ist aber auch die Administration der Beschaffungen. Die Stadt wird zwar einen Digitalisierungsbeauftragten erhalten, durch die städtische IT ist aber die Betreuung aller Schulen vor Ort nicht leistbar. Man ist daher sehr froh, dass nun ein Förderprogramm von Seiten des Bundes aufgelegt wurde, bei dem man sich bis zu 90 % des Betreuungsaufwandes finanzieren lassen kann. Da diese Mittel befristet sind, wird man einen externen Dienstleister bevorzugen. Sinnvollerweise soll dies der Anbieter sein, der die Ausstattung auch liefert.

Von Seiten des Gemeinderates wird nach der Glasfaseranbindung der Schulen angefragt. Stadtwerkegeschäftsführer Hans Bauer erläutert, dass im nächsten Jahr alle Schulen an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Hierfür liegt bereits eine Zuschussentscheidung vor.

Angefragt wird auch, ob die Verwendung der Bundes- und Landeszuschüsse so wie geplant auch korrekt ist. Dies ist natürlich der Fall, die Landesmittel sind konkret bspw. auch für Planungskosten und die Finanzierung des Eigenanteils der Kommunen gedacht. Glücklicherweise konnte man die Planung größtenteils über das städtische Bauamt abwickeln unter Beteiligung eines Fachplaners. Auch die Erstellung der Medienentwicklungspläne in Eigenleistung konnte dank der

Unterstützung des Kreismedienzentrums sehr kostengünstig erfolgen. Konsequenterweise nutzt die Stadt hier alle Zuschusstöpfe so gut es geht.

Insgesamt wird das Projekt Digitalpakt als sehr gutes Projekt angesehen und es wird auch höchste Zeit, dass man in Deutschland die Schulen digitalisiert. Nachgefragt wird auch noch, ob alle Lehrer denn mit der neuen Technik umgehen können. Hierfür sind natürlich Schulungen im Einzelfall notwendig, die Fortbildungen werden größtenteils vom Land bezahlt. Man muss natürlich bedenken, dass die Technik immer schneller überholt sein wird, in Zukunft werden daher auch höhere Kosten bei der Erneuerung der Technik auf uns zukommen. Man hofft daher auf eine Verstärkung des Digitalpakts von Seiten des Bundes und des Landes.

Zur Strahlenbelastung durch den Einsatz von WLAN erläutert Herr Rektor Eisele, dass ein WLAN-Netz in der Regel so eingerichtet wird, dass dieses nur sendet bzw. strahlt, wenn es auch tatsächlich genutzt wird und aktiv ist. Letztlich kann man bei der Nutzung von Tablets keine reinen kabelgebundenen Netze verwenden.

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Weiterverfolgung des Digitalpakts auf der vorliegenden Grundlage aus. Auf dieser Grundlage sollen die Zuschussanträge und die Medienentwicklungspläne zusammen mit den Schulleitern weiter vorangetrieben werden. Die Umsetzung soll im nächsten Jahr zügig angegangen werden.

TOP 3 Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Wasser und Abwasser

Stadtwerkegeschäftsführer Hans Bauer stellt den Wirtschaftsplan für das Jahr 2020/2021 in Gänze vor. Insgesamt ist dieser sehr solide strukturiert. Lediglich im Bereich des Wassers verzeichnet man seit einigen Jahren Defizite. Diese müssen ausgeglichen werden, so dass man im Jahr 2021 nicht um eine Anpassung der Gebühren herumkommen wird. Die letzte Anpassung erfolgte im Jahr 2013.

Im Bereich der Abwasserentsorgung muss man von Investitionen in naher Zukunft ausgehen. Insbesondere muss hier eine vierte Reinigungsstufe erstellt werden, die auch Spurenstoffe wie Medikamentenrückstände eliminiert. Die Umsetzung sollte erfolgen, so lange noch 70 % bezuschusst werden. Auch ist eine Kapazitätserweiterung und der Bau eines Retentionsbodenfilters vorgesehen.

Hierfür sind in den kommenden Jahren 6 Mio. € für die Kläranlage und 2,4 Mio. € für den Retentionsbodenfilter eingestellt. Die Schulden im Bereich der Abwasserentsorgung werden daher nicht weniger, trotz jährlicher Tilgung. Dies ist auch damit begründet, da man im Bereich der Abwasserentsorgung keinen Gewinn machen darf. Deshalb wird man vom angesammelten Schuldenberg zunächst nicht herunterkommen. Angesprochen wird auch noch die Problematik von verstopften Pumpen durch die Entsorgung von beispielsweise Feuchttüchern und sonstigen Gegenständen über die Toilette. Hier hilft letztendlich nur die Aufklärung, dass man nicht alles in die Toilette werfen sollte, was einem gerade einfällt. Gerade Feuchttücher sorgen für verstopfte Pumpen, die dann aufwändig getauscht oder repariert werden müssen. Die Kosten tragen dann wieder alle Gebührenzahler.

Als wichtig wird angesehen, dass die vierte Reinigungsstufe im Bereich Abwasserentsorgung angegangen wird. Die Gebührenerhöhung muss separat beschlossen werden. Angefragt wird auch noch, wann zuletzt die versiegelte Fläche für die Niederschlagswassergebühr erhoben wurde. Dies wurde 2013 mit der Umstellung komplett erhoben. Die Mitarbeiter kontrollieren stichprobenartig auf

Veränderungen. Es ist daher als Hausbesitzer immer besser, man meldet Veränderungen selbständig und zeitnah.

TOP 4 Neuaufnahme eines Darlehens

Von Seiten der Stadtkämmerei erläutert Frau Ute Klukas, dass man um die Aufnahme eines Darlehens von 500.000 € in diesem Jahr nicht mehr herumkommen wird. Es besteht noch eine Kreditermächtigung aus dem Vorjahr von 4,3 Mio. €. Man hat entsprechende Angebote von Banken eingeholt. Den Zuschlag erhält als günstigste Bieterin die LBBW mit einer 20-jährigen Zinsbindung von 0,25 %. Man kann sich hier also am Markt derzeit sehr günstig finanzieren.

TOP 5 Beschlussfassung zur Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2020/2021

Herr Stadtkämmerer Axel Henninger erläutert die Veränderungen im Vergleich zu der letzten Beratung. Durch Grundstückserlöse konnte es hier nochmal zu einer Verbesserung kommen, wodurch eine deutlich geringere Kreditaufnahme notwendig sein wird. Zu Beginn des Jahres 2020 liegt die Höhe der Schulden noch bei 5,3 Mio. €. Ende 2024 rechnet man noch mit 26,2 Mio. € Schulden anstelle von rund 30 Mio. €. Man blickt also noch für das Jahr 2021 auf einen recht guten Haushalt. Die höheren Kreditbelastungen stehen dann in den drei Folgejahren an. Der Haushalt 2021 hat ein Gesamtvolumen von 48,3 Mio. €, die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit belaufen sich auf 38,8 Mio. €, aus der Investitionstätigkeit auf 9,0 Mio. €. Auszahlungen für Tilgungen sind mit 800.000 € veranschlagt. Das Zahlungsmitteldefizit aus dem Verwaltungsbereich beläuft sich auf 1,05 Mio. €, Zuschüsse und Verkaufserlöse sind in Höhe von 8,5 Mio. € eingeplant. Im Ergebnishaushalt beläuft sich das ordentliche Ergebnis auf Minus 3,5 Mio. €. Für Personal- und Sachausgaben sind 16,1 Mio. € geplant, durch die Einberufung der Haushaltsstrukturkommission sollen 700.000 € eingespart werden. Die Abschreibung belaufen sich auf 3,5 Mio. € und für Umlagen und Zuweisungen werden 20,75 Mio. € aufgewendet.

Insgesamt wird sich die Haushaltsstrukturkommission mit dem Abmangel in einigen öffentlichen Einrichtungen beschäftigen müssen, dies darf nicht aus den Augen verloren werden.

Der Gemeinderat spricht sich einhellig für den Haushalt 2021 aus, stimmt diesem zu und dankt der Finanzverwaltung für die geleistete Arbeit.

TOP 6 Neubau eines Kindergartens im Baugebiet Albblick - Vergabe von Bauleistungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt stehen insgesamt vier Vergaben für die Gewerke Außenanlagen, Bodenbelagsarbeiten, Innentüren und Fliesenarbeiten an.

Erfreulicherweise liegen 3 von diesen 4 Vergaben deutlich unter der erstellten Kostenberechnung, die Kosten bei dem einem Gewerk liegen mit rund 5.000 € nur leicht über der Kostenberechnung. Die Aufträge werden an die Firmen mit dem wirtschaftlichsten Angebot erteilt:

Die Firma Werner, Haigerloch, wird zum Angebotspreis von 342.934,22 € mit den Außenanlagen-Arbeiten beauftragt.

Die Firma Daci M Boden, Asperg, wird zum Angebotspreis von 59.512,23 € mit den Bodenbelagsarbeiten beauftragt.

Die Firma HolzmaxX, Donaueschingen, wird zum Angebotspreis von 79.212,35 € mit den Arbeiten für die Innentüren beauftragt.

Die Firma Fliesen Graf, Immendingen, wird zum Angebotspreis von 77.691,53 € mit den Fliesenarbeiten beauftragt.

Insgesamt also ein sehr erfreuliches Ausschreibungsergebnis mit einer Vergabesumme von 559.350,33 € gegenüber der Kostenberechnung in Höhe von 672.600 €. Der Gemeinderat stimmt allen Vergaben daher gerne zu.

TOP 7 Bekanntgaben

7.1 Herr Henninger erläutert, dass für die Wohnbau Trossingen noch eine Bürgschaft zu übernehmen ist. Dies hat man in der Vergangenheit auch immer getan. Konkret geht es um die Liquiditätssicherung für den zweiten Bauabschnitt beim Bauvorhaben im Bereich Gölten. Der Baufortschritt ist hier sehr gut, so dass man auch die notwendigen Finanzmittel für die Fortsetzung der Bauarbeiten benötigt.

Entsprechende Kreditangebote wurden eingeholt, die Stadt bürgt in einer Höhe von 80 % der Kreditsumme. Der Gemeinderat stimmt der Bürgschaftsübernahme zu, sie muss nun noch von der Kommunalaufsicht genehmigt werden.

7.2 Die Realschule beantragt einen Zuschuss von der Stadt für die Ausstattung der Lehrer mit Tablets, die als Leihgeräte zur Verfügung gestellt werden sollen.

Momentan sind Zuschüsse von Seiten des Bundes hierfür zwar angekündigt, aber es gibt noch keine Regelung hierzu. Pro Gerät sind ungefähr 1.100 Euro anvisiert. Dies wird sich wahrscheinlich nicht durch die Zuschussmittel des Bundes decken lassen.

Man ist sich einig, dass man die notwendigen Informationen von Seiten des Kultusministeriums hierzu abwarten wird und dann einen abgestimmten Vorschlag vorlegen wird.

TOP 8 Anfragen aus dem Gemeinderat

8.1 Aus der Mitte des Gemeinderats wird angefragt, ob die vorgezogene Schließung der Kindergärten bereits Auswirkungen auf die Elternbeiträge haben wird. Von Seiten der Verwaltung wird vorgetragen, dass viele Einrichtungen nur wenige Tage früher schließen müssten als ohnehin geplant. Kreiseinheitlich hat man sich hier noch nicht abstimmen können. Insgesamt ist die Situation nochmals unbefriedigend und belastend für die Eltern. Die Verwaltung hat bisher noch keine Kenntnisse, wie sich das Land zum Thema Kostenersatz stellen wird. Je nach Abstimmung innerhalb des Landkreises wird man die Gebühren für den Januar unverändert erheben müssen, sofern die Kindergärten ab dem 10. Januar 2021 wieder öffnen. Ein Ausgleich der entgangenen Tage kann dann erst nach Vorliegen einer Aussage vom Land erfolgen. Sollte sich die Schließung länger hinziehen, wird vorgeschlagen, die Fälligkeit der Beiträge nochmals zu verschieben, wie man das bereits im Frühjahr getan hat.

8.2 Nachgefragt wird wegen der Verwendung von FFP2-Masken in der Gemeinderatssitzung. Konkret wird gefragt, ob diese noch erlaubt sind. Die Verwaltung geht davon aus, dass diese noch erlaubt sind, wenngleich sie keine Zulassung für den medizinischen Sektor haben.

8.3 Es wird wegen einer besseren Entschädigung der Wahlhelfer angefragt. Man kann dies mit Beschluss für die Landtagswahl im kommenden März bereits tun. Hier erhält die Stadt Erstattungen vom Land. Diese werden 35 Euro für die Wahlvorstände und 25 Euro für die Wahlhelfer betragen, der Gemeinderat kann natürlich jederzeit

durch Beschluss eine höhere Entschädigung festsetzen, so wie man dies bereits bei den Kommunalwahlen getan hat.

8.4 Es wird wegen der konkurrierenden Rechtslage der Allgemeinverfügung des Landkreises und den neuen Regelungen des Landes konkret zu den Ausgangssperren angefragt. Die Verwaltung erläutert, dass das Landesrecht mittlerweile die Landkreisverfügung überholt hat. Diese geht allerdings auch auf Informationen von Seiten des Landes zurück. Man wird klären, ob die Allgemeinverfügung des Landkreises nun auslaufen kann, oder ob diese nochmals verlängert oder angepasst werden müsste.

8.5 Angefragt wird wegen dem Verkaufsverbot für Böller für Silvester. Dieses Verkaufsverbot soll landesweit gelten. Auch das Zünden im öffentlichen Bereich wird verboten sein. Restbestände aus Vorjahren sollen wegen der Gefährdung durch schlechte Lagerung nicht verwendet werden.

8.6 Angefragt wird wegen der Amtseinzsetzung der neuen Bürgermeisterin. Hier ist noch die Wahlprüfung durch das Kommunalamt abzuwarten. Man rechnet nach wie vor mit einem Dienstantritt zum 01.02.2021. Ob bereits vorher eine Sitzungsleitung möglich ist, wird man mit der Rechtsaufsicht prüfen und wieder informieren sowie eine Planung für die konkrete Amtseinzsetzung im neuen Jahr vorlegen.

8.7 Angefragt wird, ob die Stadt mitbestimmen kann, wieviel die Laptop-Ausstattung an der Realschule kosten darf. Die Beschaffung muss generell über die Stadt erfolgen.

Es wird auch angefragt, ob die Beschaffung von Lüftungsgeräten in Coronazeiten geplant ist, auch wenn diese sehr teuer sind, oder ob besser CO²-Ampeln beschafft werden. Insgesamt kommt man durch die Beschaffung solcher Geräte nicht um die eigentliche Lüftung der Klassenzimmer herum. In der Regel reicht es hier einen Timer zu stellen und regelmäßig zu lüften. Man wird dennoch eine Abfrage bei den Schulen starten, ob hier Bedarf besteht.

8.8 Aus der Mitte des Gremiums wird wegen den erfreulichen Vergabesummen in der heutigen Sitzung angefragt, ob man schon eine Trendwende bei den zuletzt stark gestiegenen Baukosten feststellen kann. Noch werte man dies als Einmaleffekt, evtl. auch wegen der günstigen Ausschreibungszeit. Erst wenn sich dies verstärkt, dass man öfter unter der Kostenberechnung liegt, kann man hieraus Rückschlüsse ziehen.

8.9 Bürgermeister-Stellvertreter Gustav Betzler schließt die letzte öffentliche Gemeinderatssitzung im Jahr 2020 mit zuversichtlichen Worten für das neue Jahr 2021 und blickt zurück auf das gute Miteinander im Gremium. Es war ein sehr arbeitsreiches Jahr, trotz oder auch wegen Corona. Sein Dank richtet sich auch an die Vertreter der Presse und die Besucher der öffentlichen Sitzungen, insbesondere an die sehr treuen Besucher. Für das neue Jahr wünscht er allen Beteiligten alles Gute.